



Theresia Dauner (Mitte), Pflegedienstleiterin, sowie die Bewohner der Demenz-Wohngemeinschaft Liselotte Lörmann (rechts) und Irmgard Kauer in Altusried im Landkreis Oberallgäu, legen gemeinsam Wäsche zusammen.
FOTO: DPA/KARL-JOSEF HILDENBRAND

Bayerischer Bezirkstag ist Partner des Bayerischen Demenzpakts

Die Gesellschaft sensibilisieren

Eine Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Demenz sowie ihrer Familien und Freunde, dies ist das erklärte Ziel des Bayerischen Demenzpakts, zu dessen Partnern auch der Bayerische Bezirkstag zählt.

Die Bündniserklärung wurde anlässlich des Welt-Alzheimertags von Vertreter*innen der bayerischen Staatsministerien sowie der Kommunen, Kirchen, Zivilgesellschaft, Kassen, Kammern, privaten Trägern sowie Wohlfahrts- und Betroffenenverbänden unterzeichnet. Alle Beteiligten haben sich damit verpflichtet, aktiv an der Umsetzung der Bayerischen Demenzstrategie und an einer demenzfreundlichen Gesellschaft mitzuwirken.

„Die Kommunen sind Mitgestalter des Lebensraums der Menschen. Und dieser soziale Raum muss auch für Personen mit einer Demenzerkrankung Platz haben. Damit die Teilhabe demenziell Erkrankter gelingen kann, braucht es mehr Miteinander und Akzeptanz – gerade, weil eine Demenz auch mit Verhaltensauffälligkeiten verbunden sein kann, die häufig als störend empfunden werden. Es ist wichtig, dass wir die Gesellschaft für dieses Thema sensibilisieren. Nur so können wir die Offenheit erreichen, dass auch Menschen mit einer Demenzerkrankung ihren

Platz im sozialen Raum finden. Deshalb freuen wir uns, Teil des Bayerischen Demenzpakts zu sein und werden uns hier mit vollem Engagement einbringen“, so Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstags, in seinem Statement zur Unterzeichnung des Bündnisses.

Die Bedeutung der Bezirke bei der Umsetzung der Bayerischen Demenzstrategie zeigt sich auch darin, dass ein Großteil der klinischen Versorgung älterer Menschen mit Demenz und anderen alterstypischen Erkrankungen in den bezirklichen Fachkrankenhäusern erfolgt. Zudem bieten die Gesundheitseinrichtungen der Bezirke ein breites Spektrum an Diagnostik, spezialisierten Tageskliniken und Fachambulanzen – letztere mit Gedächtnisambulanzen und Gedächtnisprechstunden – und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Früherkennung, Behandlung und Begleitung Betroffener und ihrer Familien.

Diese funktionierenden und etablierten gerontopsychiatrischen Strukturen können genutzt

werden, um die geriatrische Versorgung weiter auszubauen. Denn gerade, wenn die Gefahr besteht, das vorhandene Fähigkeiten zur Bewältigung des täglichen Lebens verlernt werden, spielt die Gerontopsychiatrie bei der Behandlung von kognitiven Defiziten eine herausragende Rolle.

100 Kilometer vom Wohnort weg? Das ist zu weit.

Anschließend richtete Löffler den Blick auf ein Problem, das die Bezirke schon länger mit Sorge beobachten und das durch die Corona-Pandemie noch einmal verstärkt wurde: „Wir stellen leider in unseren Fachrichtungen, die Personen mit Demenz behandeln, fest, dass die wohnort- und zeitahe Anschlussunterbringung von Demenzpatient*innen gar nicht so einfach ist. Wenn eine Person mit einer Demenzerkrankung zum Beispiel nur 100 Kilometer entfernt von ihrem angestammten Umfeld untergebracht werden kann, dann werden wir den Bedürfnissen dieses Menschen nicht gerecht.“

Hinzu kommt, dass der längere Verbleib eines gerontopsychiatrischen Patienten wiederum zu Engpässen in der akuten psychiatrischen

stationären Versorgung führt. „Dies müssen wir unbedingt durchbrechen – alle zusammen,“ lautet der Appell des Verbandspräsidenten Löffler.

Der Bayerische Bezirkstag fordert daher, dass Bezirke, Leistungserbringer und Pflegekassen, in Absprache mit dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege, gemeinsam Lösungswege erarbeiten. Löffler führte aber auch aus, dass einige Verbesserungen bereits erreicht wurden. Für ihn sei ein ganz wesentlicher Schritt gewesen, dass mit dem Pflegestärkungsgesetz II nun viele an Demenz erkrankte Menschen Anspruch auf Leistungen und Unterstützungsangebote der Pflegeversicherung haben.

„Da die Kommunen als Leistungsträger mit im Boot sind, sollten wir den Blick weiter richten, denn das alles gibt es natürlich nicht zum Nulltarif. Wenn uns als Gesellschaft die gute Versorgung von Menschen mit einer Demenzerkrankung etwas wert ist, dann müssen wir uns mit dem System der Pflegeversicherungsleistungen und -beiträge beschäftigen. Meiner Meinung nach kann nur auf diese Weise die Versorgung der Menschen im Alter zu einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung werden“, betont Löffler deutlich.

> CONSTANCE HÖLZL

„GESUNDHEITSSCHUTZ STEHT GANZ VORN“



Der Oberpfälzer Bezirkstagspräsident Franz Löffler über die Arbeit der Verwaltung in Corona-Zeiten.

Foto: Franz Bauer

BSZ Herr Löffler, wie kommt der Bezirk Oberpfalz durch die Corona-Krise, besonders finanziell?
FRANZ LÖFFLER Der Bezirk Oberpfalz hat natürlich niedrigere Einnahmen durch fehlende beziehungsweise geringere Eintrittsgelder zu verkraften. Welche finanziellen Auswirkungen die Pandemie auf die Einnahmen der Bezirkskliniken haben wird, kann auch jetzt noch nicht beziffert werden. Die coronabedingten Steuererlöse wirken sich erst zeitversetzt ab 2022 auf die Einnahmesituation aus. Das Corona-Hilfspaket von Bund und Freistaat gleicht die Mindereinnahmen der bayerischen Kommunen bei der Gewerbesteuer mit rund 2,4 Milliarden Euro aus, wovon auch die Bezirke mittelbar profitieren. So werden die Einbußen bei den Finanzierungsgrundlagen für 2022 bei Weitem nicht so massiv ausfallen wie noch im Frühjahr befürchtet. Wie sich dann das Jahr 2023 darstellen wird, hängt maßgeblich davon ab, ob und wie schnell die kommunalen Steuereinnahmen wieder das Vor-Corona-Niveau erreichen werden.

BSZ Was sind die aktuell größten

Aufgaben und Herausforderungen für die Bezirksverwaltung?
LÖFFLER Verwaltungsintern steht der Gesundheitsschutz unserer Kunden und unserer Mitarbeiter bei gleichzeitiger Sicherstellung der uneingeschränkten Funktionsfähigkeit der Verwaltung nach wie vor im Vordergrund. Im Sozialbereich haben wir schnelle und unbürokratische Lösungen für die coronabedingten Herausforderungen erarbeitet, um die Existenz der Einrichtungen vor allem in der Eingliederungshilfe sicherzustellen. Komplizierter als der schon nicht einfache Umgang mit dem Lockdown gestaltet sich der sogenannte Exit. Es gilt jetzt den Spagat zwischen Schutz der Menschen mit Behinderung und Recht der Menschen auf Teilhabe zu bewältigen und dabei die Wirtschaftlichkeit zu bedenken. Ich bin überzeugt, dass durch intensiven Austausch mit den Leistungserbringern tragfähige Lösungen erarbeitet werden.

BSZ Wie erleben Sie selbst diese schweren Zeiten?

LÖFFLER Es sind in der Tat herausfordernde Zeiten, die wir seit Monaten erleben. Die Pandemie hat tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, deren Folgen wir heute noch nicht abschätzen können. Der Zusammenhalt der Menschen gerade zu Beginn der Pandemie hat mich stark beeindruckt. Ich hoffe, dass der gesellschaftliche Konsens zum Wohle aller nicht verloren geht.

Interview: MARTINA HIRMER

„BIN DANKBAR FÜR GUTE LÖSUNGEN“



Der niederbayerische Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich über die Arbeit der Verwaltung in Corona-Zeiten.

Foto: BSZ

BSZ Herr Heinrich, wie kam der Bezirk Niederbayern bisher durch die Corona-Krise?

OLAF HEINRICH So überraschend und herausfordernd es war, die vielen neuen Fragen ab Mitte März zu beantworten, so zufrieden und dankbar bin ich für die guten Lösungen, die gefunden wurden. Das betrifft sowohl die Organisation innerhalb der Verwaltung des Bezirks oder die Betriebsabläufe in den Krankenhäusern als auch die Zusammenarbeit mit den Trägern.

BSZ Was waren und sind die größten Herausforderungen des Bezirks in diesem Kontext?

HEINRICH Die Träger und auch die Sozialverwaltung des Bezirks muss-

ten in der Folge der Ausgangsbeschränkungen und der schrittweisen Lockerungen Wege finden, die Finanzierung der Einrichtungen und Angebote sowie den Ablauf coronakompatibel sicherzustellen. Das hat viel Kreativität, Flexibilität und Vertrauen zueinander erfordert. Dass dies so gut gelungen ist, freut mich sehr. Ich danke den Mitarbeitern und den Vertretern der ARGE Behindertenhilfe für das gute Miteinander. Der Bezirkstag hat uns dabei ebenfalls sehr unterstützt.

BSZ Wie erlebten beziehungsweise erleben Sie diese Pandemie in Ihrem bezirklichen, aber auch ganz persönlichem Umfeld?

HEINRICH Für mich war die Arbeit von einem Tag auf den anderen völlig neu zu organisieren. Nachdem fast alle öffentlichen Termine weggefallen sind, gab es mehr zeitliche Flexibilität. Gleichzeitig wurde ich mit nie dagewesenen Fragestellungen in der Verwaltung konfrontiert, was die Tage sehr schnell wieder „aufgefüllt“ hat.

Interview: MANUELA LANGE

Zusammenarbeit mit gleichartigen Einrichtungen in Ulm

Neue Kooperation des Huntington-Zentrums

Das Huntington-Zentrum Süd des KBO-Isar-Amper-Klinikums hat sich neu ausgerichtet und kooperiert künftig eng mit dem Huntington-Zentrum Ulm (Leitung: Bernhard Landwehrmeyer), der Abteilung Neurologie des Universitätsklinikums Ulm (Leitung: A. C. Ludolph) und der Medizinischen Fakultät der Universität Ulm. Peter Brieger, Ärztlicher Direktor des KBO-Isar-Amper-Klinikums, unterstützt die Zusammenarbeit ausdrücklich. „Es freut mich ganz besonders, dass die Kooperation bereits so gut angelaufen ist.“ Das Huntington-Zentrum Süd brauche diesen Neustart. „Bernhard Landwehrmeyer ist einer der führenden Wissenschaftler auf dem Gebiet Huntington und war an bahnbrechenden Entdeckungen beteiligt.“

Peter Brieger sieht in der Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik Ulm eine große Chance, wegweisend auch für andere Einrichtungen. Die erstmals 1872

von dem amerikanischen Arzt George Huntington beschriebene Huntington-Krankheit (abgekürzt HK), in Englisch Huntington disease (abgekürzt HD), ist eine seltene neurodegenerative Erkrankung. Es handelt sich hierbei um eine erbliche Erkrankung mit einer Prävalenz von 6-15/100 000 in der Allgemeinbevölkerung.

6000 bis 8000 Betroffene in der Bundesrepublik

Ausgehend von dieser Häufigkeitsrate muss von etwa 6000 bis 8000 Betroffenen in der Bundesrepublik ausgegangen werden. Der Huntington-Schwerpunkt wurde im Jahr 1998 von Matthias Dose in Taufkirchen begründet. Der ehemalige Ärztliche Direktor war anlässlich des Neustarts ebenfalls vor Ort und erinnerte sich an die Anfänge: „Nachdem ich 1985 zu meiner eigenen Überraschung Vorsit-

zender der Selbsthilfegruppe Bayernern geworden bin, entstand Mitte der 1990er-Jahre in der Klinikdirektion die Idee, in Taufkirchen eine stationäre Behandlungsmöglichkeit zu schaffen, zumal es in ganz Bayern nichts Vergleichbares gab.“

1989 erfolgte die Gründung des Huntington-Zentrums an der KBO-Klinik Taufkirchen (Vils). Heute wird das Huntington-Zentrum Süd in ärztlich-medizinischer Hinsicht durch die Oberärztliche Leitung Alzbeta Mühlbäck und den Oberarzt Rainer Hoffmann geführt - und kooperiert hier eng mit Bernhard Landwehrmeyer (Ulm). Die pflegerische Leitung wird durch die Pflegedienstleitung Rudolf Dengler und seinen Stellvertreter, Roy Limpert, gewährleistet.

Das Alleinstellungsmerkmal des Huntington-Zentrums Süd ist das umfangreiche und bewährte Behandlungsangebot mit einer Ambulanz und 19 stationären Betten.

Stefan Haberl (CSU), Bürgermeister der Gemeinde Taufkirchen (Vils), nahm die Einladung zur Vorstellung der Neuausrichtung des Huntington-Zentrums Süd gerne an. „Die Zusammenarbeit zwischen Klinik und Gemeinde ist mir ein sehr großes Anliegen. Als Bub bin ich mit dem Bezirkskrankenhaus Taufkirchen aufgewachsen. Es gehört für mich zum Leben wie das Wasser der Vils.“

Das Projekt und die Zusammenarbeit mit der Ulmer Universität ist für den Bürgermeister ein Vorzeigebild, das ihn stolz macht. „Man kann den guten Geist der Klinik spüren und ich bin dankbar, dass es für Menschen mit der Huntington-Krankheit hier Hilfe gibt und die notwendige Unterstützung, mit der Krankheit zu leben und besser zurechtzukommen. „Ich wünsche Ihnen allen alles Gute und bedanke mich vor allem auch bei Professor Dose für die jahrzehntelange Vorarbeit.“

> HENNER LÜTTECKE

„Wertigkeit heimischer Lebensmittel kommunizieren“

Genussregion Niederbayern setzt auf kurze Lieferketten

Niederbayern soll Genussregion werden, um die Lebensqualität seiner Bürger*innen durch hochwertige, regionale Lebensmittel weiter zu verbessern, eine gesunde Umwelt zu erhalten, die Nachhaltigkeit in der Lebensmittelproduktion zu erhöhen und die heimische Lebensmittelwirtschaft zu stärken. Dies könne nur dann richtig funktionieren, wenn sich ein roter Faden „vom Acker bis zum Teller“ ziehe und genug Transparenz gegeben ist, so der bezirkliche Genussmanager Lukas Dillinger.

Natürlich gehe es auch darum, den Menschen gute, saubere und faire Lebensmittel näher zu bringen und Informationen zu vermitteln, wie dies für jeden in der Praxis umsetzbar sei. Erste Schritte in diese Richtung habe bereits die Regiothek (Passau) mit der „Genießertafel“ und ihrer „Genussvermittlung“, der Online-Vermarktungsplattform www.regiothek.de geleistet, für die Lukas Dillinger be-

reits tätig war. Michael Kreiner vom Amt für ländliche Entwicklung betonte, wie wichtig es sei, die Wertigkeit der heimischen Lebensmittel zu unterstreichen und zu kommunizieren. Kurze Lieferketten, wie zum Beispiel in der Fisch- und Fleischerzeugung, seien ein wichtiges Schlüsselement. „Wir müssen die Nähe zur Erzeugung zurückgewinnen“, mahnt Kreiner: „Also Forelle statt Pangasius und Weidfleisch statt argentinischem Rindfleisch.“

Direktvermarkter zu fördern und mit möglichen Abnehmern zu verbinden, sei eines der Ziele auf dem Weg zur Genussregion. Dazu passte das Projekt Regio 2030 des Bezirks Niederbayern, bei dem Dillinger eine zweite Projektleiterstelle innehat, das den Einsatz von regional beziehungsweise biologisch produzierten Lebensmitteln in seinen Einrichtungen und Liegenschaften steigern soll.

> BSZ